

DEUTSCHE WIRTSCHAFT

DIE WIRTSCHAFT DER BUNDESREPUBLIK IM SOMMER 1959

Etwa seit Frühjahrsbeginn ist in der wirtschaftlichen Entwicklung ein erfreulicher Umschwung eingetreten: Das gesamtwirtschaftliche Wachstum, das sich erheblich verlangsamt hatte und über ein Jahr lang unbefriedigend schwach war, beschleunigte sich im ersten Halbjahr 1959 wieder. Der Produktions- und Absatzrückgang in wichtigen Wirtschaftsbereichen hat einem erneuten konjunkturellen Aufschwung Platz gemacht. Als einziger großer Wirtschaftsbereich hat gegenwärtig lediglich der Kohlenbergbau unter — allerdings krisenhaften — Absatzschwierigkeiten und Produktionseinschränkungen zu leiden. Die wichtigsten Impulse für den erneuten Wirtschaftsaufschwung gingen von der außerordentlich lebhaften Bautätigkeit, einer Zunahme der Ausrüstungsinvestitionen, einer wieder verstärkten Auslandsnachfrage sowie einem Wechsel im „Lagerzyklus“ aus: Während bis zum Frühjahr der Verbrauch bei einer Reihe von Wirtschaftsgütern höher war als die Produktion und die Differenz aus überhöhten Lagerbeständen gedeckt wurde, scheint jetzt wieder ein Teil der Produktion zur Lagerauffüllung verwendet zu werden. Dieser Umschwung in der Lagerbewegung hat vor allem zur konjunkturellen Belebung in der Stahl- und Textilindustrie entscheidend beigetragen. Unter den Auftriebskräften fehlte dagegen nach wie vor der private Verbrauch.

Abgesehen von der Bauwirtschaft hat die erneute Wirtschaftsbelebung bisher nicht zu Spannungen zwischen der gestiegenen Nachfrage und den Produktionsmöglichkeiten geführt. Die im vergangenen Jahr entstandenen Produktionsreserven waren groß genug, um den Nachfrageanstieg reibungslos zu bewältigen. Auch der Arbeitskräftemangel konnte im ganzen durch die Rationalisierungswirkungen ausgeglichen werden, die von den zahlreichen in letzter Zeit vollendeten Investitionsvorhaben ausgingen. Das hat — neben im ganzen nur geringfügig gestiegenen Rohstoffpreisen und verschärftem Wettbewerb durch eine erhöhte Einfuhr an Fertigwaren — dazu beigetragen, daß das Preisklima in den letzten Monaten ruhig blieb. Bedenkliche Preiserhöhungstendenzen sind jedoch in der Bauwirtschaft und neuerdings bei landwirtschaftlichen Erzeugnissen festzustellen. Aufgabe der amtlichen Wirtschaftspolitik sollte es sein, hier durch geeignete Maßnahmen bremsend einzugreifen.

Es spricht alles dafür, daß sich der Wirtschaftsaufschwung in den nächsten Monaten

fortsetzen wird, zumal die etwa seit März zu beobachtende starke Zunahme der Auftragsaufgänge, sowohl aus dem Inland als auch aus dem Ausland, weiterhin anhält. Eine „Überhitzung“ der Konjunktur ist indessen vor allem wegen der immer noch nicht wieder voll ausgenutzten Produktionskapazitäten vorläufig nicht zu befürchten, wieder abgesehen von der Bautätigkeit, die nun endlich durch wirkungsvolle Maßnahmen gleichmäßiger auf das ganze Jahr ausgedehnt werden sollte. *

Das beschleunigte wirtschaftliche Wachstum spiegelt sich in den vorläufigen Berechnungen über die Entwicklung des Sozialprodukts und die Industrieproduktion im ersten Halbjahr 1959 wider. Das *Bruttosozialprodukt* stieg von 106 Md. DM im ersten Halbjahr 1958 um 5,2 vH auf 111,5 Md. DM im ersten Halbjahr 1959 an. *Real* — in gleichbleibenden Preisen — betrug die Zuwachsrate 4,1 vH gegenüber 2,4 vH im ersten Halbjahr 1958 und 3,1 vH im zweiten Halbjahr 1958. Die *Industrieproduktion nahm* — je Arbeitstag gerechnet — im ersten Halbjahr 1959 gegenüber dem gleichen Vorjahrszeitraum um 4,9 vH zu, während die industrielle Zuwachsrate im ersten Halbjahr 1958 nur 2,5 vH und 1958 insgesamt nur 3,1 vH betrug. Der konjunkturelle Wandel kommt in den Monatszahlen des ersten Halbjahrs 1959 gut zum Ausdruck: Während die Industrieproduktion im Januar/Februar 1959 zusammengerechnet nur um 0,8 vH zunahm, stieg sie im Jahresvergleich im Mai 1959 um 8,7 vH und im Juni 1959 um 5,5 vH an.

Für die nunmehr überwundene Rückläufigkeit der Konjunktur war neben dem Rückgang des Wachstums eine Erscheinung kennzeichnend, die anschaulich als „gespaltene Konjunktur“ bezeichnet wurde: Wirtschaftsbereichen und -zweigen mit hohen Zuwachsraten standen andere mit zurückgehendem Absatz und eingeschränkter Produktion gegenüber. Diese Sektoren sind mit wenigen Ausnahmen, unter denen der Kohlenbergbau an erster Stelle steht, vom Wirtschaftsaufschwung erfaßt worden. Nach einer Berechnung des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften¹⁾ hat der — am industriellen Nettoproduktionswert gemessene — Anteil der Wirtschaftszweige mit im Jahresvergleich ansteigender Produktion von 59 vH im Jahre 1958 über 62 vH im ersten Vierteljahr 1959 auf 81 vH im Juni zugenommen. Dementsprechend nahm der Anteil der Zweige mit Produktionsrückgängen von 24 vH (1958) über 30 vH (erstes Vierteljahr 1959) auf 18 vH (Juni 1959) ab; der Rest blieb jeweils völlig oder fast unverändert. *

Den stärksten Auftrieb erhält die Konjunktur unverändert seit über einem Jahr von der *Bautätigkeit*, wobei die der öffentlichen Hand

1) WWI-Mitteilungen, 7/1959 und 8/9/1959.

eine entscheidende Rolle spielt: In den ersten fünf Monaten des Jahres betrug der Anteil der öffentlichen Hoch- und Tiefbauten ohne Wohnungsbau an den geleisteten Arbeitsstunden rund ein Drittel, der Anteil der gewerblichen und industriellen Bauten hingegen noch nicht ganz 20 vH. Hinzu kommt der öffentliche Anteil an dem insgesamt rund 45 vH ausmachenden Wohnungsbau. Der konjunkturelle Rückschlag wäre zweifellos noch stärker gewesen und der neuerliche Wirtschaftsaufschwung wäre nicht so rasch und so intensiv erfolgt, wenn nicht durch den öffentlich geförderten Wohnungsbau und die sonstigen öffentlichen Bauinvestitionen ein „antizyklischer Effekt“ eingetreten wäre, der freilich nicht von zentraler Stelle im Rahmen eines konjunkturpolitischen Programms geplant und mit anderen Maßnahmen koordiniert war — das ist der Vorwurf, der von gewerkschaftlicher Seite gegenüber der amtlichen Wirtschaftspolitik erhoben wird. Immerhin spricht aber der konjunktur-anregende Erfolg der öffentlichen Bautätigkeit für die oft geschmähte Forderung nach einer aktiven staatlichen Konjunkturpolitik. Der Bundesbank kann deshalb auch nicht zugestimmt werden, wenn sie in ihrem letzten Monatsbericht (für Juli 1959) die hohen Bewilligungen öffentlicher Mittel für den sozialen Wohnungsbau gegen Ende des vergangenen Jahres kritisiert und für die gegenwärtigen Spannungen am Baumarkt verantwortlich macht. Wenngleich die Bewilligungen auch nicht im Rahmen einer einheitlichen Konjunkturpolitik, sondern isoliert erfolgten, so sind sie doch konjunkturpolitisch richtig gewesen und können als ein gutes Beispiel „antizyklischer“ Betätigung des Staates gelten.

Nunmehr wäre es allerdings an der Zeit, einer möglichen „Überhitzung“ der Baukonjunktur mit den damit verbundenen Preiserhöhungstendenzen zu begegnen. Der im Mai 1956 erreichte bisherige Höchststand der Bauproduktion von 260 (1936 = 100) wurde inzwischen nicht nur eingeholt, wie im Juni mit 259, sondern im Mai d. J. mit 274 sogar erheblich überschritten. Im zweiten Vierteljahr 1959 stieg die Bauproduktion gegenüber der gleichen Vorjahrszeit um 11,2 vH an. Noch stärker ist die Nachfrage gestiegen. Der veranschlagte Bauaufwand für baupolizeilich genehmigte Wohnungen war z. B. im ersten Vierteljahr 1959 um 17 vH und im April und Mai um 23 vH höher als im Vorjahr. Dieses starke Ansteigen der Wohnungsbautätigkeit ist allerdings nicht allein auf die hohen Bewilligungen öffentlicher Mittel zurückzuführen. Vielmehr wirkten sich auch das reichliche Kapitalangebot und der für Nachkriegsverhältnisse einmalig niedrige Zinssatz für nicht steuerbegünstigte festverzinsliche Wertpapiere von 5 vH belebend aus. Dabei spielten Befürchtungen, daß die Kapitalmarktlage im Herbst durch die Auflegung von Bundesanleihen für den Wohnungs-

bau wieder ungünstiger werden und insbesondere der Zinssatz erneut steigen könnte, eine zusätzlich stimulierende Rolle. Neben dem Wohnungsbau ist auch der öffentliche Hoch- und Tiefbau, insbesondere der Straßenbau, stark intensiviert worden. Der gewerbliche und der landwirtschaftliche Hochbau weitete sich dagegen in den ersten fünf Monaten nicht aus, vor allem wohl deshalb, weil wegen der trotz Konjunkturbelebung noch nicht genügend ausgenutzten Produktionskapazitäten nur wenig Neigung zu Erweiterungsinvestitionen bestand. Im April und Mai war allerdings erstmals wieder eine erhebliche Zunahme des Wertes der baupolizeilich genehmigten gewerblichen Hochbauvorhaben festzustellen, nämlich um fast 22 vH im Jahresvergleich gegenüber einem Rückgang um 2 vH im ersten Vierteljahr 1959.

Ob die Bauwirtschaft diese erheblichen Mehranforderungen ohne größere Spannungen bewältigen kann, ist eine zur Zeit häufig gestellte und selbst von den Sachverständigen unterschiedlich beantwortete Frage. „Die Gefahr, daß sich durch zeitliche und regionale Auftragsballungen in den Monaten der Hochsaison die Spannungen am Baumarkt verstärken, ist nicht von der Hand zu weisen“, schreibt mit Recht das Bundeswirtschaftsministerium in seinem letzten Lagebericht (für Juni 1959). „Daraus sollte die Folgerung gezogen werden, endlich auch durch gesetzgeberische Maßnahmen eine gleichmäßiger auf das ganze Jahr verteilte Beschäftigung in der Bauwirtschaft anzustreben. Dazu ist es u. a. erforderlich, daß Bundestag und Bundesrat sogleich nach den Parlamentsferien den von der Bundesregierung vorgelegten Entwurf eines „Gesetzes zur Förderung der ganzjährigen Beschäftigung in der Bauwirtschaft . . .“ (Bundesrats-Drucksache 221/59) beraten, nötigenfalls wirksamer gestalten und verabschieden. Im Zusammenspiel mit tarifvertraglichen Regelungen, die zwischen den Tarifparteien im Baugewerbe vorbereitet werden, könnte das Gesetz, das u. a. Zuschüsse für den Winterbau und die Zahlung eines Schlechtwettergeldes vorsieht, schon im kommenden Spätherbst und Winter ausgleichend wirken. Das kann außerdem durch eine entsprechende Politik bei der Vergabe öffentlicher Bauaufträge geschehen. Damit erschöpfen sich allerdings im wesentlichen bereits die Möglichkeiten, mit denen die öffentliche Hand gegenwärtig zur Dämpfung der Baukonjunktur beitragen kann. Die heute verschiedentlich gestellte Forderung nach einer Einschränkung der öffentlichen Bautätigkeit läßt sich jedenfalls, so populär sie auch sein mag, kaum verwirklichen. Die Vergabe öffentlicher Bauaufträge kann zur Zeit zwar leicht als konjunktur^{an}regendes Instrument benutzt werden, der Spielraum für einen Einsatz als konjunktur^dämpfendes Mittel ist dagegen eng, weil der Bau von Wohnungen, Schulen, Straßen, Krankenhäusern usw., aus dem die öffentliche Bautätigkeit überwiegend besteht,

so dringlich ist, daß er nicht bis zum nächsten Konjunkturrückschlag hinausgeschoben oder auch nur spürbar verlangsamt werden kann.

*

Die Grenzen der Produktionsmöglichkeit in der Bauwirtschaft wie auch in anderen Bereichen der Wirtschaft werden weniger von der technischen Ausstattung als vielmehr durch den Arbeitskräftemangel bestimmt. Die *Arbeitslosigkeit* hat Ende Juli einen erneuten Tiefstand erreicht. Zu diesem Zeitpunkt waren in der Bundesrepublik (einschl. Saarland) nur noch 215 000 Arbeitslose gemeldet. Das waren (das Saarland ausgenommen) 144 000 weniger als vor einem Jahr, sogar der Herbst-Tiefstand des vergangenen Jahres wurde um 115 500 unterschritten. Die Arbeitslosenquote ist auf knapp 1,1 vH — bei den Männern 0,9 vH, bei den Frauen 1,4 vH — gefallen. Schon Ende Juni übertraf die Kräftebedarfszahl — bei den Arbeitsämtern waren fast 320 000 offene Stellen registriert — erstmals nach der Geldreform von 1948 die Arbeitslosenzahl. Auch die Zahl der gemeldeten Kurzarbeiter hat stark abgenommen. Mitte Juni wurden nur noch 9000 gezählt, verglichen mit 60 000 in der gleichen Zeit des Vorjahrs.

Dieser erfreuliche Zustand der Vollbeschäftigung bringt es freilich mit sich, daß die Beschäftigtenzahl nicht mehr so stark wie in den letzten Jahren wachsen kann, wenngleich auch am 30. Juni 1959 mit fast 19,6 Mill. Arbeitnehmern 2 vH mehr beschäftigt waren als vor einem Jahr und selbst noch 1,2 vH mehr als am 30. September 1958, dem höchsten Stand des vergangenen Jahres. Dieser Zuwachs darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß insbesondere „die Grenzen sichtbar (werden), die dem Bestreben gesetzt sind, zunehmend mehr Frauen aus bisher nicht herangezogenen stillen Reserven zu beschäftigen“, wie die Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung in ihrem Arbeitsmarktbericht für Juni 1959 feststellt. Allerdings ließen sich aus diesen Reserven wahrscheinlich noch nennenswerte Kräfte gewinnen, wenn es gelänge, die Teilzeit- (vorwiegend Halbtags-) arbeit arbeits- und sozialversicherungsrechtlich sowie betriebsorganisatorisch anziehender zu machen. Eine weitere stille Arbeitskraftreserve der letzten Jahre, der Flüchtlingsstrom aus Mitteldeutschland, wird ständig kleiner. So ist die Zahl der aus Mitteldeutschland zugewanderten Erwerbspersonen von rund 187 600 im Jahre 1957 auf rund 71 600 im Jahre 1958 zurückgegangen.

Das wirtschaftliche Wachstum hängt infolgedessen, wie bereits im letzten Bericht ausgeführt wurde, heute und künftig weit mehr als bisher von der Entwicklung der *Produktivität* ab. Im bisherigen Jahresablauf war diese außerordentlich gut. Die jährliche Zuwachsrate des Produktionsergebnisses je Arbeiterstunde in

der Industrie entsprach im ersten Vierteljahr 1959 mit 5,2 vH dem hohen Jahresdurchschnitt von 1958 und stieg im zweiten Vierteljahr 1959 auf fast 10 vH an. In diesen Zahlen spiegelt sich die Auswirkung der umfangreichen Rationalisierungsinvestitionen wider, soweit sie in letzter Zeit produktionsreif geworden sind. Daneben wirkt sich aber, besonders im zweiten Vierteljahr, die wachsende Ausnutzung der technischen Produktionsmöglichkeiten leistungssteigernd aus. Wenn z. B. in der Stahlindustrie nach Feststellungen des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung²⁾ der Kapazitätsausnutzungsgrad um rund 10 vH angestiegen ist, dann ergibt sich allein daraus — bei gleichbleibenden Produktionsanlagen und Beschäftigtenzahlen — eine erhebliche Zunahme der Produktivität. Auch in den nächsten Monaten werden sowohl die technisch-organisatorischen Verbesserungen des Produktionsprozesses als auch der wachsende Beschäftigungsgrad in erster Linie dazu beitragen, daß die Zuwachsrate der Produktivität hoch bleibt.

Die starke Rationalisierung der Wirtschaft ist freilich auf die Dauer nur dann sinnvoll und führt nur dann nicht zu empfindlichen Rückschlägen, wenn ihr eine entsprechende *Zunahme des privaten Verbrauchs* gegenübersteht, die wiederum von der Erhöhung der Massenkauflkraft abhängt. Im ersten Halbjahr 1959 ist allerdings das Wachstumstempo des privaten Verbrauchs nochmals geringer geworden und lag erneut unter dem des Sozialprodukts. Das ist vor allem darauf zurückzuführen, daß die Lohn- und Gehaltseinkommen weniger als vordem erhöht worden sind und daß wiederum ein größerer Teil des Einkommens gespart worden ist. Das gesamte private Einkommen, zu dem außer dem Arbeitseinkommen auch die Renteneinkommen und die privaten Entnahmen der Selbständigen gehören, stieg nach Angaben der Bundesbank (in ihrem Monatsbericht für Juli 1959) netto — d. h. nach Abzug von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen — im ersten Halbjahr 1959 bei einem Sozialproduktzuwachs von 5,2 vH um kaum mehr als 4,5 bis 5 vH an. Eher niedriger als höher dürfte auch die Zuwachsrate des Arbeitseinkommens sein. Da die privaten Haushaltungen im ersten Halbjahr 1959 um rund 7 vH mehr gespart haben als vor einem Jahr, hat der private Verbrauch noch weniger zugenommen als das private Einkommen; die Sparquote stieg demgegenüber von 9 auf 9,2 vH an. Berücksichtigt man die Zunahme der Beschäftigtenzahl und die stärkere Spartätigkeit — die Lebenshaltungskosten blieben dagegen fast unverändert —, dann ergibt sich, daß der Verbrauch je Arbeitnehmer seit dem ersten Halbjahr 1958 wert- und mengenmäßig nur um wenig mehr als 1 vH zugenommen haben kann.

2) Konjunkturberichte des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung, 2/1959, S. 41.

Diese Entwicklung des privaten Verbrauchs und insbesondere des Arbeitseinkommens wird zwar in den meisten Berichten zur Wirtschaftslage als konjunkturstabilisierend begrüßt; es kann jedoch nicht zweifelhaft sein, daß, zumal nach vollendeter Lagerauffüllung, der Aufschwung wieder gebremst wird und die Gefahr eines Rückschlags entsteht, wenn das Wachstumstempo des privaten Verbrauchs und des Arbeitseinkommens weiterhin unterproportional bleibt oder gar noch mehr abgeschwächt wird. Ein etwas stärker als bisher ansteigendes Arbeitseinkommen wäre deshalb sicherlich auch volkswirtschaftlich durchaus wünschenswert. Ein Zwang zu Preiserhöhungen kann sich daraus wegen der noch vorhandenen beträchtlichen Kapazitätsreserven nicht ergeben.

*

Unter den immer noch im Schatten der Konjunktur stehenden Wirtschaftszweigen hat der *Steinkohlenbergbau* das wirtschaftlich und politisch größte Gewicht³⁾. Die Bundesregierung hatte sich erst, nachdem die Kohlenhalden bereits auf mehr als 13,5 Mill. t angestiegen waren, entschlossen, helfend einzugreifen. Dem Kohlenbergbau sollte ein befristeter Schutz gegen die Konkurrenz ausländischer Kohle und des Heizöls gewährt werden; in der Zwischenzeit hat er durch geeignete Maßnahmen die Produktion an die weniger aus konjunkturellen als vielmehr aus strukturellen Gründen verminderte Nachfrage anzupassen. Zur Drosselung der Kohleinfuhren wurde Mitte Februar d. J. ein Zoll für Kohleinfuhren aus dritten Ländern (ohne EWG-Länder) in Höhe von 20 DM je Tonne eingeführt; lediglich ein Kontingent von 5 Mill. t bleibt 1959 zollfrei. Schon vor der Festsetzung des Zolls, verstärkt aber danach, hat der Kohlenbergbau bereits abgeschlossene Einfuhrverträge durch Übernahme der Vertragsstrafen abgelöst. Zoll und Vertragsablösungen zusammen haben dazu geführt, daß die Einfuhr aus dritten Ländern nach Einführung des Kohlezolls um über 40 vH gesunken ist, die Bezüge aus den USA gingen in den ersten sieben Monaten 1959 sogar gegenüber der gleichen Vorjahrszeit von 7 auf 3,3 Mill. t zurück.

Gescheitert ist dagegen das Bestreben um eine Beschränkung der Heizölkonzurrenz. Zu diesem Zweck war Ende Dezember 1958 ein Heizöl-Kohle-Kartell abgeschlossen worden, in dem sich die großen westdeutschen Ölgesellschaften verpflichteten, schweres Heizöl nicht unter dem damals geltenden Weltmarktpreis von 88 DM je Tonne zu verkaufen und die Werbung von neuen Verbrauchern für schweres Heizöl im Jahre 1959 zu unterlassen. Nachdem schweres Heizöl in zunehmendem Maße von Kartellaußenseitern und bei Direktimporten zu Preisen um 60 DM je Tonne verkauft

3) Über die Ursachen der Strukturkrise im Kohlenbergbau haben wir eingehender im Wirtschaftsbericht im H. 2/1959 der GM berichtet (S. 112).

worden war, kündigten vier große Ölgesellschaften Mitte August den Kartellvertrag. Eine einschränkende Wirkung auf den Heizölverbrauch war von diesem Kartell bis dahin allerdings nicht ausgegangen: Mit 4,65 Mill. t nahm der Verbrauch an Heizöl im ersten Halbjahr 1959 gegenüber dem ersten Halbjahr 1958 um 27,4 vH zu. Nunmehr will die Bundesregierung für die Dauer von zwei bis vier Jahren auf *alle* Heizölsorten eine Steuer in Höhe von zunächst 30 DM je Tonne einführen, später soll der Steuersatz herabgesetzt werden. Die Bundesregierung vertritt dabei die Ansicht, daß dadurch keine Verteuerung des Heizöls eintreten brauche, da die Gewinnspannen der Ölgesellschaften hoch genug seien, um die Mehrbelastung aus der neuen Steuer aufzufangen. Tatsächlich dürfte jedoch zumindest beim leichten Heizöl, das vor allem in privaten Haushalten und im Kleingewerbe verbraucht wird, mit Preiserhöhungen zu rechnen sein. Wieder einmal müßte dann der Verbraucher die Rechnung für wirtschaftspolitische Unterlassungssünden bezahlen!

Um eine Produktionseinschränkung zu erreichen, wurden von den Unternehmen Feierschichten eingelegt und in der Regel keine neuen Arbeitskräfte eingestellt. Die Zahl der Untertagebeschäftigten verringerte sich vom Juli 1958 bis zum Juli 1959 um fast 9 vH. Dem gleichen Ziel der Produktionsdrosselung dient — neben den sozialpolitischen Zielen — auch die am 1. Mai erfolgte Einführung der Fünftagewoche, die jährlich 28 weitere arbeitsfreie Tage bringt. Trotz einer im ersten Halbjahr 1959 um 5,5 vH verminderten Gewinnung von Steinkohle stiegen die Halden weiterhin an, allerdings in stark abgeschwächtem Umfang. Anfang August betrug die Haldenbestände (einschl. Koks) fast 17 Mill. t.

Es kann damit gerechnet werden, daß sich unter den jetzt gegebenen Umständen im Winterhalbjahr Produktion und Absatz ausgleichen werden. Dabei sollte sich jedoch keine zuständige Stelle beruhigen, da dieser Ausgleich nur durch Wettbewerbsbeschränkungen möglich wird, die auf die Dauer nicht aufrechtzuerhalten sind. Die Aufgaben, eine einheitliche energiepolitische Konzeption auszuarbeiten und den Steinkohlenbergbau den Änderungen in der Verbrauchsstruktur anzupassen, stehen noch bevor. Die IG Bergbau hat dazu vor wenigen Wochen erneut die Forderungen der Bergarbeiterschaft gestellt. Zu ihnen gehören neben der Überführung des Kohlenbergbaus in Gemeineigentum und der Bildung eines Energiewirtschaftsrates u. a., daß Stilllegungen von Schachtanlagen nur planmäßig, langfristig und in Zusammenarbeit mit allen zuständigen Stellen, darunter auch der IG Bergbau, erfolgen dürfen, die frei werdenden Arbeitskräfte in gleichwertigen anderen Dauerarbeitsplätzen in der Umgebung untergebracht werden, und sie bis zur Vermittlung in einen solchen Dauerarbeitsplatz

eine Übergangentschädigung in Höhe ihres bisherigen Einkommens erhalten, und daß die Altersgrenze in der Knappschaftsversicherung für die Altersrente der unter Tage beschäftigten Arbeitnehmer auf 55 Jahre und für die über Tage beschäftigten Versicherten auf 60 Jahre herabgesetzt wird.

Sehr bedenkliche, freilich typisch kapitalistische Erscheinungen weist der Aktienmarkt auf. Am 7. August überschritt der amtliche Index der Aktienkurse (31.12. 1953 = 100) mit 502,3 erstmals den Stand von 500. Damit waren die Aktienkurse im Durchschnitt innerhalb von vier Wochen um ein Viertel angestiegen, seit einem Jahr haben sie sich verdoppelt. Von der Angebotsseite her werden die Kurse zweifellos durch ein zu geringes Angebot an Aktienkapital hochgetrieben, auf die Ursachen der Marktengung kann hier nicht eingegangen werden. Entscheidend für den sich überstürzenden Kursanstieg sind aber die Vorgänge auf der

Nachfrageseite. Hierzu schrieb „Der Volkswirt“ am 11. Juli mit Recht: „Seit Wochen ist aber deutlich geworden, daß die Börse der Tummelplatz einer hemmungslosen Spekulation geworden ist . . . Den Kreisen, die marodierend quer durch den Kurszettel zogen, kam es nicht auf die Anlage, sondern nur auf Gewinnmitnahme an. Sie interessierte weder Rendite noch Substanz . . ., sondern allein der erzielbare spekulative Gewinn, den sie in den kurzen Pausen zwischen den Haussen realisierten. Wenn sie vor einem Jahr 100 000 DM eingesetzt haben, so besitzen sie heute mindestens das Doppelte.“ Um so befremdlicher ist es, daß die zuständigen Stellen nicht nur keine aktienrechtlichen Gegenmaßnahmen ergreifen, sondern daß die Bundesregierung zudem noch breite, der Vorgänge auf den Aktienmärkten unkundige Schichten über Privatisierung und „Volksaktien“ zum Aktienbesitz auffordert.

Günter Pehl